

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Freude und Ärger mit Japan

Nachdem Japan im Anschluß an das Tiananmen-Massaker eine Zeitlang im Boykott-Geleitzug der westlichen Staaten mitgezogen war, begann es spätestens seit Mitte 1990 von dort vorsichtig wieder auszuscheren. Forderungen wurden laut, daß Japan "seine Beziehungen zu China unabhängig" entwickeln solle (XNA, 6.7.90).

Man hörte es gerne in Japan, als beim 7.Plenum des XIII. ZK am 3.August 1990 die Beziehungen Chinas zu Japan als Grundvoraussetzung für die weitere Sicherung von Frieden und Stabilität in Asien bezeichnet wurden (Kyodo in SWB, 6.8.90).

Bereits im Juni hatte die 6.Sitzung des "Chinesisch-Japanischen Freundschaftskomitees bis hinein ins 21.Jhdt." stattgefunden. Ministerpräsident Li Peng hatte es sich nicht nehmen lassen, höchstpersönlich dort eine Rede zu halten und auf die "Schwierigkeiten in den beiderseitigen Beziehungen" hinzuweisen, die allerdings nur vorübergehend seien (XNA, 27.6.90). Japans Ministerpräsident Kaifu hatte in einem Brief an die Konferenzleitung ebenfalls das Interesse Japans an einer Wiederherstellung freundschaftlicher und normaler Beziehungen bekundet (ebenda und XNA, 3.7.90).

Kaifu war es auch, der davon Abstand nahm, der seit Jahrzehnten üblichen Sitte zu folgen, am 15.August, dem Tag der Kapitulation Japans (1945), dem Yasukuni-Schrein einen Besuch abzustatten, wo, wie es in der chinesischen Diktion heißt, die "Hauptkriegsverbrecher" verehrt werden. 14 von 21 Mitgliedern des Kabinetts Kaifu besuchten diesmal den Schrein, Kaifu selbst dagegen hielt sich, wie gesagt, zurück und

wurde dafür von der chinesischen Presse prompt gelobt (XNA, 16.8.90). Am 15.August 1985 hatte der damalige Ministerpräsident Nakasone persönlich den Schrein besucht - und dafür augenblicklich scharfe Kritik von zahlreichen ehemals durch Japan besetzten Ländern einstecken müssen - einschließlich von Seiten Chinas. Nakasone besuchte daraufhin den Schrein in den Jahren 1986 und 1987 nicht mehr, und auch seine Nachfolger Takeshita und Uno verzichteten auf eine solche Demonstration. Daß Kaifu dieser Abstinenzsitte sogar 1990, dem 45.Gedenkjahr, treu geblieben ist, trug ihm, wie gesagt, chinesisches Lob ein.

Auch sonst sandte Japan zahlreiche positive Zeichen in Richtung China.

- Am 4.Juli 1990 beispielsweise kritisierte der japanische Außenminister Taro Nakayama die westlichen Staaten wegen ihrer Versuche, China zu isolieren. Die USA und vor allem die EG sollten so bald wie möglich wieder einen Dialog mit China aufnehmen. Auch die Gipfelkonferenz der "Großen Sieben", die für den 9.Juli in Houston (Texas) geplant war, sollte sämtliche Sanktionen gegen China einstellen (XNA, 6.7.90), eine Aufforderung, der die "Group of Seven" (G 7) allerdings nicht nachkam - ein Verhalten, das wiederum von Xinhua (XNA in SWB, 14.7.90) scharf kritisiert wurde.

- Anfang September besuchte der ehemalige japanische Premierminister Takeshita als Sonderbeauftragter der japanischen Regierung die VR China. Takeshita wurde von Staatspräsident Yang Shangkun, KP-Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng empfangen. In sämtlichen Gesprächen kam der Wunsch nach einer Verbesserung der sino-japanischen Beziehungen zum Ausdruck (XNA, 20.9.90).

- Am 21.September kam der japanische Erziehungsminister Kosuke Hori in Beijing an, um dort an den Eröff-

nungsfeierlichkeiten zu den XI.Asien-spielen teilzunehmen (XNA, 22.9.90). Dies war der erste Besuch eines amtierenden japanischen Kabinettsmitglieds in China seit dem Massaker vom Juni 1989. Ursprünglich hatte Ministerpräsident Kaifu selbst an den Feierlichkeiten teilnehmen wollen - und zwar in seiner Funktion als Präsident des japanischen Softball-Verbandes. Er ließ jedoch von seinem Plan ab, weil er befürchtete, es könnte zu massiver Kritik vor allem von Seiten der westlichen Staaten kommen. Der Besuch Hori leitete m.a.W. die Wiederaufnahme normaler staatlich-staatlicher Beziehungen im sino-japanischen Verhältnis ein.

- Schon vorher war es, und zwar vom 3. bis 6.September, zum 5.Treffen der "Chinesisch-Japanischen Persönlichkeiten auf Nichtregierungsebene" gekommen, wo ebenfalls das Wiederannäherungsthema die Diskussion beherrschte (XNA, 2.9.90).

- Verständlicherweise aber verstand sich vor allem die japanische Wirtschaft darauf, sich in China wieder ganz in den Vordergrund zu spielen.

Bereits Anfang Juli hatte die japanische Regierung bekanntgegeben, daß die seit "Tiananmen" eingefrorenen Kredite an China wieder locker gemacht würden - eine Erklärung, die von China augenblicklich mit Begeisterung aufgenommen wurde (XNA, 13.7.90). Auch japanische Geschäftsbanken, wie z.B. Sanwa und die Fuji Bank, räumten erneut Kredite ein, so z.B. die Fuji Bank in Höhe von 115 Mio.US\$ (AWSJ, 30.10.90).

Auch sonst kam es zu intensiver beiderseitiger Wirtschaftszusammenarbeit. So beschloß beispielsweise der japanische Verband der Elektrizitätswerke, im Dezember 1990 drei Experten für Nuklearenergie nach China zu entsenden, die dort Beraterfunktionen ausüben sollten. Im Juli 1990 unterzeichneten die "Chinesische Offshore-Ölkorporation" und drei japanische Ölfirmen ein Abkommen, aufgrund dessen die japanischen Partner Ölfelder im Perflußdelta erschließen sollten (XNA, 18.7.90). Auch Bankenvertreter Japans drückten sich von jetzt an in China wieder die Klinke in die Hand, und Honda dehnte sein Service-netz für Motorräder in China weiter aus und beschloß darüber hinaus, drei



(FCJ, 22.10.1990, S. 4)

Berufsausbildungsschulen für Mechaniker in China zu eröffnen (XNA, 5.9.90).

Ferner forderte der Präsident der Japanisch-Chinesischen Wirtschaftsvereinigung, daß der japanisch-chinesische Vertrag, der 1990 ausläuft, durch ein neues entsprechendes Vertragswerk ersetzt werden solle, das den Zeitraum 1991-1995 umspannen möge. Im Zeichen des neuen Plans sollten die chinesischen Erdöl- und Kohlelieferungen an Japan etwa dasselbe Niveau beibehalten wie bisher. Die chinesischen Ölexporte sollten also m.a.W. jährlich zwischen 8,8 und 9,3 Mio.t und die chinesischen Kohleexporte zwischen 3,7 und 4,1 Mio.t pro Jahr liegen (XNA, 18.9.90).

Ärger gab es andererseits in zwei Punkten, nämlich (1) hinsichtlich der Erwägungen Japans, Truppen in die Golfregion zu entsenden, und (2) um die Senkaku(Diaoyutai)-Inselfrage.

Mitte Oktober unterbreitete Ministerpräsident Kaifu dem japanischen Parlament eine Gesetzesvorlage für die Errichtung eines "Friedenskorps zur Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen", dem Mitglieder der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte

angehören sollten, allerdings nicht als Kampftruppen. Kaifu hatte hier selbst einen Kompromiß eingehen müssen, da er zwischen zwei Feuern stand, nämlich einerseits der Ablehnung von Militäraktionen durch die japanische Öffentlichkeit und andererseits dem Drängen der amerikanischen Verbündeten nach Beihilfeaktionen am Golf.

Der Schritt Kaifus löste in der japanischen Nachbarschaft augenblicklich empörte Reaktionen aus. Taiwan wies darauf hin, daß Kaifu "mit dem Feuer" spiele. Das Gespenst des japanischen Militarismus tauche wieder auf (vgl. die beiliegende Karikatur). Japan habe i.J. 1989 nicht weniger als 32 Mrd.US\$ für den Wehretat aufgebracht und sei mit dieser Summe lediglich noch hinter den USA und der Sowjetunion zurückgeblieben. Japans Streitkräfte umfaßten inzwischen 1.200 Panzer, 15 U-Boote, 63 Zerstörer und Fregatten sowie 362 Kampfflugzeuge. Man müsse Japan zwar das Recht zugestehen, sich selbst verteidigen zu dürfen. Doch jenseits seiner eigenen Grenze habe es militärisch nichts zu suchen (Free China Journal, Taibei, 22.10.90, S.4).

Auch Beijing zeigte sich höchst "besorgt" gegenüber den japanischen Absichten. Am 18.Oktober erklärte das Außenministerium in Beijing seine

Beunruhigung angesichts der japanischen Pläne (XNA, 19.10.90). Die Verbrechen der Truppen des Tenno während des Zweiten Weltkriegs seien noch in frischer Erinnerung des chinesischen Volkes. Noch einen Monat vorher hatte Li Peng den Japanern freigestellt, im Golf "nach eigenem Gutdünken" vorzugehen (so Kyodo in SWB, 31.8.90). In einem Kommentar der *Volkszeitung* (RMRB, 24.10.90) hieß es jetzt, daß die japanischen Truppen niemals den Charakter von Selbstverteidigungskräften überschreiten sollten.

Das andere Problem, nämlich die Diaoyutai-Frage, ist in einer gesonderten Übersicht zu behandeln. -we-

*(2)

Der notorische Streit um die Klippeninsel Diaoyutai ist erneut aufgeflammt

Diaoyutai ("Fischfangterrasse" oder einfach "Angelplatz"), das von den Japanern "Senkaku" ("Spitzpavillon-Insel") genannt wird, liegt etwa 180 km nordöstlich von Taiwan und 350 km südwestlich von Okinawa. Es umfaßt drei kleine Felseninseln und drei Riffe. Da in der Umgebung der Insel seit den 60er Jahren Erdöl vermutet wurde,

hatte es schon früh Eigentumsansprüche von drei Seiten, nämlich Japan, Taiwan und der VR China, gegeben. Im August 1970 hatte Taipei drei amerikanische Ölgesellschaften mit Veruchsbohrungen beauftragt. Ganz unerwartet für die Regierung in Taipei hatte daraufhin das japanische Außenministerium Protest eingelegt, und zwar mit dem Hinweis, daß die Insel zu Japan gehöre, und zwar als Bestandteil der Ryukyu-Kette, die damals zwar noch unter japanischer Militärverwaltung stand, jedoch bis Ende 1972 an Japan zurückgegeben werden sollte.

Im Streit um Diaoyutai argumentierten die beiden chinesischen Staaten hauptsächlich damit, daß die Insel keineswegs zu den Ryukyus gehöre, sondern auf dem chinesischen Festlandsockel (Schelf) aufsitze und topographisch von der Ryukyu-Kette aufs markanteste durch einen rd. 1.000 m tiefen See-graben getrennt sei. Schon während der japanischen Kolonialherrschaft über Taiwan habe ein Tokyoter Gerichter i.J. 1941 Diaoyutai bezeichnenderweise der Verwaltung der auf Taiwan liegenden Hafenstadt Jilong unterstellt (zu diesen Fragen im einzelnen Y.H.Nieh, "Diaoyutai und das Problem des Festlandsockels im Ostchinesischen Meer" in: Verfassung und Recht in Übersee, Heft 4, 1971, S.443-453; eine Kurzdarstellung vom selben Autor "Hintergründe des chinesisch-japanischen Inselstreits" in: C.a., Mai 1977, S.279-282; vgl. auch Manfred Pohl, "Der Senkaku-Zwischenfall und seine Auswirkungen auf die japanische Innenpolitik" in: C.a., Juni 1978, S.339-343 sowie ders. in: C.a., September 1979, S.1012-1015). Beijing hatte sich damals in den Streit mit der Bemerkung eingeschaltet, daß Diaoyutai "zweifelloso" zu China gehöre, und daß dessen Regierung es niemals "erlauben werde, daß die Reaktionäre der USA und Japans die Meeresbodenschätze unseres Landes plündern" (RMRB, 29.12.70).

Damit hatte sich eine Macht eingeschaltet, mit der nicht gut Kirschen essen war und mit der Japan sich ja überdies gerade gut stellen wollte. Es wurde wieder ruhig um Diaoyutai. Einige Jahre später jedoch, 1978, errichtete eine Gruppe von japanischen Rechtsradikalen einen Leuchtturm auf der Insel Uotsuri, um auf diese Weise japanische Souveränität zu signalisieren. Die "Maritime Sicherheitsagentur"

Japans erkannte diesen Leuchtturm jedoch nicht als offizielle staatliche Einrichtung an. Mitte Oktober 1990 holte sie diesen Schritt jedoch nach.

Berichte von diesem Vorgang lösten in China und Taiwan Proteste aus und veranlaßten mehrere taiwanesischen Sportler, die Insel anzusteuern und dort die nationalchinesische Flagge aufzupflanzen. Insgesamt wurden zu diesem Zweck 30 Fischerboote eingesetzt. Schiffe der japanischen "Agentur" - wohlgemerkt nicht der japanischen Marine! - verhinderten jedoch die Absicht und verjagten die Fischerboote.

Im nationalchinesischen Parlament auf Taiwan kam es daraufhin zum Eklat. Premierminister Hao Boun wurde wegen seiner angeblichen Nachgiebigkeit kritisiert, in Hongkong fanden Massendemonstrationen statt, und auch China äußerte sich gegen die japanische Aktion, vor allem gegen die japanischen Ansprüche auf Diaoyutai.

Japan hatte erneut in ein Wespennest gestochen, wobei der Zeitpunkt besonders ungünstig gewählt war, weil das Land gleichzeitig auch im Norden noch einen Territorialstreit auszufeuchten hat, bei dem es von seiten Chinas unterstützt wurde, nämlich um die vier Nordkurileninseln, die 1945 durch die Sowjetunion besetzt wurden. Außerdem fielen die japanischen Ansprüche in eine Zeit, da der Plan Tokyos, Hilfstruppen in die Golfregion zu entsenden, bei den Nachbarn ohnehin böses Blut hatte aufkommen lassen. Zudem stand (für Mitte November) die Krönung des neuen Tenno in Tokyo bevor. Auch hier tauchten ungute Assoziationen an die Vergangenheit, vor allem an die Besatzungspolitik Japans während des Zweiten Weltkriegs auf.

Am 18.Oktober forderte das Außenministerium in Beijing, daß die "japanische Regierung sofortige Schritte einleitet, um rechtsradikale japanische Gruppen davon abzuhalten, weiter an dem Leuchtturm zu arbeiten" (XNA nach SWB, 19.10.90). Die Diaoyutai-Insel sei "immer schon chinesisches Territorium gewesen". Japan solle sich vor allem davor hüten, Schiffe und Flugzeuge in dieses chinesische Gebiet zu entsenden, und zwar nicht einmal zu dem Zweck, Fischer der Provinz Taiwan vom Betreten der Insel abzuhalten (XNA, 19. und 23.10.90).

Die Regierung Kaifu erklärte am 23.Oktober, daß sie die Diaoyutai(Senkaku)-Frage mit Zurückhaltung behandeln wolle (Kyodo in SWB, 25.10.90). Die Lösung des Streits solle auf später verschoben werden (Kyodo in SWB, 24.10.90).

Die Hongkonger Zeitung *Zhongguo Tongxun she* (zit. nach SWB, 26.10.90) vermutete hinter dem japanischen Vorgehen in der Diaoyutai-Frage eine Wiederauferstehung des "Geists des japanischen Militarismus".

In Hongkong demonstrierten am 30.Oktober mehr als 10.000 Menschen mit Spruchbändern und Reden gegen den "Neuen japanischen Militarismus". Da die Veranstaltung gewalttätig zu werden drohte, sah sich die Polizei der Kronkolonie veranlaßt, den Schutz japanischer Warenhäuser in Hongkong zu verstärken. In Hongkong tauchten überdies Parolen auf, die "Rache für Nanjing", d.h. für die Ermordung Zehntausender von Chinesen durch Japaner i.J. 1937, verlangten. Nicht zuletzt aber wurden in Hongkong und Taiwan Stimmen laut, die den Einsatz von Truppen zur Durchsetzung des Anspruchs auf Diaoyutai forderten.

Die chinesische *Armeezeitung* brachte am 5.November 1990 einen längeren Bericht über ein Manöver, das im Bereich einer "gewissen Insel im Südchinesischen Meer" am 20.Oktober durchgeführt worden sei. Es wurde in diesem Zusammenhang nicht ganz klar, ob damit eine Warnung an Japan - Diaoyutai(!) - oder aber an Vietnam - im Zusammenhang mit den Spratley-Inseln - ausgesprochen werden sollte. Immerhin: Japan konnte sich angesprochen fühlen.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Diaoyutai-Frage auch diesmal bald wieder "einschlafen" wird, um allerdings nach einiger Zeit wieder für neue Aufregung zu sorgen. (Siehe auch entsprechende Übersicht unter Taiwan.) -we-

*(3)

Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Singapur

Am 3.Oktober gaben China und Singapur in New York die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen bekannt. Im gemeinsamen Kommuniké hieß es, daß beide Regierungen

"vom 3. Oktober 1990 an diplomatische Beziehungen auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Charta der Vereinten Nationen aufnehmen" (XNA, 3. und 4.10.90).

Der Ministerpräsident von Singapur, Lee Kuan Yew, hatte gegenüber der Volksrepublik und Taiwan lange Zeit ein höchst offenes Verhältnis gepflegt und war als eine Art "Wanderer zwischen beiden Welten" aufgetreten. Der Insel Taiwan hat er im Laufe der Zeit ein halbes Dutzend inoffizielle und schließlich, 1989, einen offiziellen Besuch abgestattet. Mitte 1990 brachte er es auch fertig, den Staatspräsidenten der Republik China, Li Denghui, nach Singapur einzuladen, wo dieser allerdings, wie immer wieder betont wurde, nur in privater Eigenschaft auftrat.

Öfter noch als in Taiwan war Lee Kuan Yew im Verlauf der letzten Jahre in der VR China. Immer wieder hatte er dabei seinen Beijinger Gesprächspartnern zu verstehen gegeben, daß für seinen Stadtstaat eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen erst nach einem entsprechenden Schritt zwischen Indonesien und China in Betracht komme. Diese "Vorbedingung" war am 8. August 1990 erfüllt worden. Noch am gleichen Tag hatte Lee erklärt, daß nun auch seine Regierung schnell zur Normalisierung schreiten wolle (XNA, 9.7.90). Singapur sei überzeugt, daß eine Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Seiten mehr regionale Stabilität schaffe (XNA, 9.7.90).

Seit Jahren gibt es florierende Handelsbeziehungen zwischen Singapur und der Volksrepublik sowie zwischen Singapur und Taiwan. Ein Teil des Handels zwischen den beiden Chinas vollzieht sich sogar über Singapur. Statistisch ist Singapur inzwischen der sechstgrößte Handelspartner Chinas. I.J. 1989 beispielsweise erreichte das bilaterale Handelsvolumen 3,2 Mrd. US\$ - eine 27%ige Zunahme gegenüber 1988. I.J. 1990 allerdings dürfte aller Voraussicht nach das Handelsvolumen nicht über 1,73 Mrd. US\$ liegen.

Das Verhältnis zur VR China war für Singapur lange Zeit ein heißes Eisen, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen unterstützte China in den 60er Jahren prokommunistische Bewegungen im benachbarten Malaysia sowie in

Singapur und veranlaßte dadurch Lee Kuan Yews People's Action Party zu einigen außergewöhnlichen Maßnahmen, u.a. zum Aufbau einer leninistischen Parteistruktur (mit antikommunistischen Zielen!), die bis heute weiterbesteht und dem Stadtstaat autoritäre und bisweilen höchst obskure Züge verleiht. Zum andern stand Lee Kuan Yews Idee von einer "Nation Singapur", die sich aus Vertretern von drei Hauptrassen (Chinesen, Malaien, Indern) und Eurasiern zusammensetzt, von Anfang an in einem Konkurrenzverhältnis zur Idee eines chinesischen Commonwealth, das vor allem von Beijing aus gesteuert wurde.

Auch wenn die kommunistische Gefahr heute so gut wie verschwunden ist und auch der Commonwealth-Gedanke sich weitgehend verflüchtigt hat (das Tiananmen-Massaker hat hierzu einen nicht geringen Beitrag geleistet!), hielt es Lee doch für ratsam, gegenüber der VR China auf Distanz zu bleiben und u.a. nie ganz den Kontakt zu Taiwan aufzugeben. China scheint für diese Einstellung Verständnis zu haben.

Auf Einladung Li Pengs trat Lee Kuan Yew am 16.10. einen offiziellen Freundschaftsbesuch in Beijing an. Es war sein erster offizieller Chinabesuch seit Aufnahme der bilateralen diplomatischen Beziehungen. Lee wurde von sämtlichen Spitzenrepräsentanten der VR China - außer von Deng Xiaoping - empfangen. Viel Neues gab es beim Chinabesuch allerdings kaum zu besprechen; war doch vom 11. bis 13. August 1990 Li Peng gerade erst Gast in Singapur gewesen, und zwar anlässlich einer Südostasienreise, die ihn durch mehrere Asienländer, u.a. auch nach Indonesien, führte.

China hat besonders freundliche Worte für Singapurs Politik der Blockfreiheit und Unabhängigkeit. Auch in der Irak-Krise fanden beide Seiten zu einer nahtlosen Übereinstimmung ihrer Auffassungen. Die Taiwan-Frage allerdings bleibt bei den beiderseitigen Begegnungen immer fein säuberlich ausgespart.

Bewundernde Anerkennung pfllegt China der Wirtschaftsentwicklung Singapurs zu zollen. Das Pro-Kopf-BSP sei, wie es in einem Artikel (BRu 1990, Nr.37, S.8-12) heißt, von 1.330 S\$ i.J. 1960 auf 19.415 S\$ (= 10.000 US\$) i.J.

1989 gestiegen und habe sich - preisbereinigt - in diesem Zeitraum mehr als vervierfacht. Im Verlauf seines Aufschwungs habe Singapur einen bewundernswerten industriellen Strukturwandel vollzogen. Der Transithandel sei von einer hochentwickelten Produktionsindustrie und von einem noch entwickelteren Dienstleistungssektor abgelöst worden. Preisbereinigt sei der Bruttoproduktionswert der Industrie 1989 18mal so hoch wie 1960 gewesen. Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt sei von 11,4% i.J. 1960 auf 28,7% i.J. 1989 gestiegen. Trotz hoher Wachstumsraten seien die Preise relativ stabil geblieben - dies sei um so bewundernswerter, als der kleine Staat Singapur erheblich vom Außenhandel - und damit von der internationalen Wirtschaftsentwicklung abhängig sei, in deren Bereich es ja bekanntlich während der vergangenen Jahre zu riesigen Schwankungen gekommen ist.

Einige Merkmale der singapurischen Wirtschaft scheinen für Beijing besonders attraktiv zu sein:

- So wird beispielsweise darauf hingewiesen, daß es in Singapur über 500 staatliche Unternehmen gebe, die jedoch nach Prinzipien der Marktwirtschaft arbeiteten, weshalb sie auch Profite abwürfen.

- Auch der Wohnungsbau gilt als vorbildlich. So wurden beispielsweise anfänglich zahlreiche Sozialwohnungen gebaut. Danach wurden sie verkauft. Die Käufer konnten Gelder aus dem "Zentralen Öffentlichen Reservefonds" in Anspruch nehmen. Das System dieses Reservefonds beruht auf Zwangsmitgliedschaft. So werden beispielsweise die Beiträge zu 23% von der Arbeitnehmer- und zu 15% von der Arbeitgeberseite getragen. Auch die ärztliche Behandlung geht teilweise oder ganz auf Kosten des "Zentralen Öffentlichen Reservefonds".

- Interesse findet darüber hinaus das Singapurische Dienstleistungswesen, nicht zuletzt der höchst attraktive und erfolgreiche Tourismus des Stadtstaats.

- Für Beijing interessant ist auch die Tatsache, daß die Erfolge Singapurs in der Wirtschaft größtenteils auf den Einsatz ausländischen Kapitals und auf Planung durch die Regierung zurückzuführen sind. Die Regierung habe mit der Schaffung eines günstigen Investi-

tionsklimas dafür gesorgt, daß schon früh ausländische Geld- und Technologieträger angelockt wurden. Zwar öffnete Singapur die Türen für ausländische Investoren, lasse jedoch seine Wirtschaft nicht von einem einzelnen Land oder von einzelnen ausländischen Firmen, ganz besonders aber nicht von Japan dominieren. Zu diesem Zweck sorgt die Regierung dafür, daß Kapital auch aus anderen Regionen, vor allem aus den USA und Westeuropa, nach Singapur kanalisiert wird. Gleichzeitig werde auch die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen gefördert, wobei Kredite und Beihilfe gewährt, Steuerermäßigung eingeräumt und Hilfen für die Außenwirtschaft gegeben werden.

- Überdies sei Singapur zu einem Servicezentrum in Südostasien ausgebaut worden, das über eine hochentwickelte Infrastruktur und hervorragende Transport- und Kommunikationseinrichtungen verfüge.

Aus der Sicht Beijings ist Singapur ein höchst wertvoller Dreh- und Angelpunkt im ASEAN-Bereich. Vor allem die gemeinsame Sprache und Kultur führt hier zu einem leichten Brückenschlag.

Bei seiner ASEAN-Reise im August 1990 betonte Li Peng wiederholte Male, daß China und die ASEAN-Staaten trotz sozialer Verschiedenheiten (die ASEAN ist von Anfang an im Geiste des Antikommunismus gegründet worden!) langfristig gutnachbarliche Beziehungen unterhalten könnte. Die internationale Praxis habe längst bewiesen, daß zwischenstaatliche Beziehungen nicht von der Gleich- bzw. Verschiedenartigkeit der sozialen Systeme und Ideologien abhängig seien. China sei bereit, den Austausch mit den ASEAN-Ländern in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Technologie und Kultur auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens zu erweitern.

Hauptansprechpartner bleibt dabei Singapur.

Welch ein Wandel gegenüber den 60er Jahren: Gehörte China damals noch mit zu den Hauptunterstützern revolutionärer Bewegungen gegen die "etablierten Regierungen", so scheint dies heute alles vergessen zu sein. Allerdings hat die Entwicklung doch ihre

Zeit gebraucht: Man vergesse nicht, daß die Beziehungen Chinas zu anderen ASEAN-Staaten bereits Mitte der 70er Jahre normalisiert wurden, so z.B. gegenüber Malaysia i.J. 1974 und gegenüber Thailand und den Philippinen i.J. 1975.

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Singapur wurde ein Prozeß abgeschlossen, der in der Tat als "Schlußstrich unter jahrzehntelange Streitigkeiten" bezeichnet werden kann. -we-

* (4)

Diplomatische Beziehungen zwischen Beijing und Seoul in Sicht?

Am 20.10. einigten sich Südkorea und die VR China auf den Austausch von Handelsvertretungen, die de facto auch die Aufgaben von Konsularvertretungen wahrnehmen sollen. Die Vereinbarung sieht die Einrichtung von Vertretungen in der jeweiligen Hauptstadt des Partnerlandes ab November 1990 vor, wobei die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Wissenschaft und Technik im Mittelpunkt stehen soll. Konsularische Angelegenheiten und Regierungskontakte sollen von den neuen Vertretungen ebenfalls mit wahrgenommen werden. Offiziell gelten die neuen Repräsentanzen als Vertretungen der beiden Signatarseiten, KOTRA (Korea Trade Promotion) und CCPIT (China Council for the Promotion of International Trade). Nicht die beiden Regierungen oder Staaten, sondern die beiderseitigen Außenhandelskammern sind also Partner. Da das Abkommen den Vertretungen aber Rechte und Privilegien einräumt, die denen konsularischer oder diplomatischer Vertretungen nahekommen (man denke an Immunität und an Privilegien für Personal und Familienangehörige), sind hier m.a.W. Quasi-Konsulate entstanden.

In den beiderseitigen Repräsentanzen werden jeweils rd. 20 Beamte arbeiten, die Visa für mehrfache Einreisen erhalten (XNA, 20.10.90).

Südkorea wollte schon lange bessere Beziehungen zu China, vor allem nachdem es ihm gelungen ist, inzwischen diplomatische Beziehungen auch zur Sowjetunion herzustellen. Die Planungen in Seoul gehen davon aus, daß es bis Ende 1991 endgültig zur Normalisierung der Beziehungen zu China kommt.

Auch für China wären offizielle Beziehungen durchaus verlockend. Immerhin erreichte Chinas Handelsvolumen mit Südkorea 1989 eine Summe von rd. 3 Mrd. US\$ - und damit etwa das 5fache des sowjetisch-südkoreanischen Handels!

Interessant muß es für Beijing auch sein, daß südkoreanische Konzerne in der 1. Hälfte des Jahres 1990 rd. 40 Mio. US\$ in China investiert haben.

Was ferner den bilateralen Handel des Jahres 1990 anbelangt, so kann bis Ende des Jahres voraussichtlich eine Verdoppelung des Vorjahresvolumens von 3,14 Mrd. US\$ erzielt werden. Zu intensiven Kontakten ist es zwischen beiden Seiten auch am Rande der Asienspiele im September 1990 gekommen.

Gleichzeitig werden die Handelsbeziehungen zum verarmten Nordkorea für China immer uninteressanter. Doch hat man sich damit abgefunden, daß um Kim Il Song einstweilen kein Weg herumführt.

Offiziell wünscht die Beijinger Seite folglich "vorerst keine Beziehungen" zu Südkorea, Israel und zum Vatikan" aufzunehmen. Es handelt sich hier aus der Sicht Beijings um heiße Eisen, die man einstweilen besser noch liegen läßt. Was insbesondere das Verhältnis zu Südkorea anbelangt, so hätten sich, wie Beijing betont, die Handelsbeziehungen, auf die es ja letztlich entscheidend ankommt, in der letzten Zeit so gut eingespielt, daß es keiner zusätzlichen offiziellen diplomatischen Kontaktaufnahme bedürfe. Sollte Nordkorea jedoch eines Tages seine Beziehungen zu den USA und Japan verbessern und mit diesen offizielle Beziehungen aufnehmen, so stünde auch einem entsprechenden Schritt zwischen Seoul und Beijing nichts mehr im Wege (so die Ausführungen Außenminister Qian Qichens am Rande der UNO-Vollversammlung in New York, XNA, 7.10.90).

Befriedigend ist diese Lage nicht. Kein Wunder, daß China unter diesen Umständen immer nachdrücklicher an die beiden koreanischen Seiten appelliert, sobald wie möglich ihren Dialog zu intensivieren. Vor allem der 40. Jahrestag des Ausbruchs des Koreakriegs (25.6.1950) solle für beide Seiten An-

laß sein, sich näherzukommen (RMRB, 25.6.90). Jeder koreanische Einigungsansatz ist den Chinesen recht:

Zu ersten Kontakten war es bekanntlich im August 1971 gekommen, als sich in Panmunjom die Rotkreuzdelegationen beider Seiten an den Verhandlungstisch setzten. Am 2.3.1972 war der südkoreanische Geheimdienstchef in aller Öffentlichkeit nach Nordkorea gereist und hatte dort u.a. mit Kim Il Song gesprochen. Besonders laut hatte Beijing immer den nordkoreanischen Vereinigungsvorschlägen Beifall gezollt. Seit 1972 beispielsweise lag ein nordkoreanischer Vier-Punkte-Plan auf dem Verhandlungstisch, in dem Pyonyang vorschlug, eine Konföderation von Nord und Süd unter der gemeinsamen Bezeichnung "Konföderative Republik Koryo" einzurichten, einstweilen beide Gesellschaftssysteme noch weiter bestehen zu lassen, ein gemeinsames Organ für Wiedervereinigungsgespräche zu bilden und die US-Truppen zu veranlassen, Korea zu verlassen.

1982 hatte Südkorea einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, der über kleine Stufen hinweg eine Wiedervereinigung herbeiführen sollte. Der Beifall Beijings fiel diesmal wesentlich kühler aus, nachdem Nordkorea diesen Vorschlägen die kalte Schulter gezeigt hatte.

Erneut hatte Beijing Anlaß zur Freude, als die Nordkoreaner den Chef des größten Chaebol, nämlich des Großhandelshauses Hyundai, nach Nordkorea einluden und ihm vorschlugen, einige Projekte durchzuziehen, u.a. ein Touristenzentrum im nordkoreanischen Diamantengebirge, eine Werftanlage und eine Waggonfabrik aufzubauen.

Im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 ließ Beijing erneut sein Interesse daran erkennen, daß Elemente des deutschen Prozesses möglichst bald auf Korea übertragen würden.

Gleichzeitig brachte Beijing Ende 1989 einen Plan aufs Tapet, der die Einrichtung einer nordostasiatischen Wirtschaftszone zwischen Nordkorea, Südkorea, Japan, der Sowjetunion und China zum Inhalt hatte.

Auch sonst fährt Beijing damit fort, jedem Schritt zu applaudieren, der die beiden Koreas einer Wiedervereinigung

näherbringt. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise auch Japan für seine Kontakte zu Nordkorea gelobt. Man ersieht daraus, daß China gerne diplomatische Beziehungen zum immer wichtiger werdenden Handelspartner Südkorea knüpfen möchte, daß es sich dieses Schritts aber mit Rücksicht auf Nordkorea einstweilen noch enthält. -we-

*(5)

Renormalisierung der Beziehungen zur EG

Am 22.Oktober 1990 faßten die zwölf EG-Außenminister in Luxemburg den Beschluß, ihre Beziehungen zu China wieder zu normalisieren, nachdem sie im Juni 1989 bei der Madrider EG-Gipfelkonferenz aus dem damals gerade stattgefundenen Tiananmen-Massaker Konsequenzen gezogen und alle finanziellen und technologischen Hilfen durch die EG an China eingefroren und überdies die diplomatischen Beziehungen zu China auf Eis gelegt hatten.

Am 23.10. begrüßte Ministerpräsident Li Peng diesen Beschluß, der einstimmig erfolgt sei.

Eingeschränkt bleiben allerdings Waffenverkäufe an China.

Li Peng bezeichnete den Beschluß als "vernünftig" und sagte, China messe dem Ausbau seiner Zusammenarbeit mit der EG und den EG-Ländern auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz große Bedeutung bei. Die neue Entwicklung entspreche nicht nur den Interessen Chinas und Europas, sondern trage auch zu Frieden, Stabilität und Prosperität in der Welt bei. Bereits zwei Wochen später reiste eine hochrangige chinesische Handelsdelegation - die erste ihrer Art seit dem Tiananmen-Massaker - nach Europa, und zwar nach Italien und Spanien. Die *China Daily* vom 6.11.90 wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß durch die Sanktionen die Importe Chinas aus Italien in den ersten neun Monaten d.J.1990 um 48% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen seien. Aus Spanien hätten sich die chinesischen Importe im gleichen Zeitraum um 26% verringert. Die chinesische Seite appelliert hier m.a.W. an den Erwerbssinn der Europäer! Sie hätten sich, so lautete die Botschaft, durch die Sanktionen ins eigene Fleisch geschnitten! -we-

*(6)

Gratulation zur deutschen Einheit

Am 3.Oktober 1990 wurde der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik offiziell. Anlässlich dieses Wiedervereinigungseignisses erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Wu Xueqian gegenüber dem deutschen Botschafter in Beijing, Hellbeck, daß die "chinesische Regierung und das chinesische Volk den Wunsch des deutschen Volkes nach Vereinigung verstehen und unterstützen und mit ihm sympathisieren. Wir respektieren diese Wahl und freuen uns, daß Deutschland seine Einheit in Frieden verwirklicht hat".

In der Vergangenheit habe China stets gute Beziehungen zu beiden deutschen Staaten unterhalten und wolle nun die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen mit dem vereinten Deutschland auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz vertiefen und weiterentwickeln (XNA, 3.10.90). -we-

*(7)

Protest gegen den Empfang des Dalai Lama durch Bundespräsident Weizsäcker

Am 4.Oktober empfing Bundespräsident Weizsäcker in Berlin den Dalai Lama. Dies war ein beherzter Schritt, durch den der Autorität des Dalai Lama, aber auch dem Selbstständigkeitswillen des tibetischen Volkes Rechnung getragen wurde. Moralische Erwägungen erhielten hier gegenüber formal-politischen Bedenken Vorrang.

Die chinesische Regierung verstand sehr wohl die Bedeutung und Tragweite dieses Empfangs und übermittelte deshalb am 6.Oktober dem deutschen Botschafter in Beijing einen Protest. Der Leiter der Westeuropaabteilung des Außenministeriums wies darauf hin, daß Tibet ein unabtrennbarer Bestandteil Chinas, und daß das Tibet-Problem eine innere Angelegenheit Chinas sei. Keine ausländische Regierung, Organisation oder Person habe das Recht, sich hier einzumischen. Das Treffen des deutschen Bundespräsidenten mit dem Dalai Lama zeige, daß die deutsche Regierung sich offen in Chinas innere Angelegenheiten einmische und die politischen Aktivitäten des Dalai Lama unterstütze, die darauf abzielten, das Vaterland zu spalten und

die Einheit der Nationalitäten innerhalb der Volksrepublik China zu zerstören. Der Bundespräsident habe mit seinem Schritt die Gefühle des chinesischen Volkes verletzt und gegen die offizielle Erklärung der Bundesregierung verstoßen, daß Tibet Teil des chinesischen Territoriums sei (XNA, 6.10.90)

-we-

* (8) Die Erfolge Chinas bei den XI. Asienspielen

Am 7. Oktober 1990 ging die XI. Asiad, die 16 Tage lang gedauert und an der sich 37 Länder und Regionen Asiens mit mehr als 6.000 Aktivisten beteiligt hatten, zu Ende.

Die befürchteten politischen Ausschreitungen hatten verhindert und Erinnerungen an das Tiananmen-Massaker ausgeblendet werden können. Gleichzeitig hatte sich China in einen "Goldrausch" hineingesteigert und mit Abstand die meisten Erfolge erzielen können, wie sich aus dem beiliegenden Medaillenspiegel ergibt. -we-

Innenpolitik

* (9)

Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses

Ende Oktober fand in Beijing die 16. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses in der Großen Halle des Volkes statt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen gesetzliche Maßnahmen zum "Schutz der Versehrten". Insgesamt leben in China z. Zt. mehr als 51 Millionen Versehrte (4,9% der Gesamtbevölkerung), "und 18,1% aller chinesischen Familien haben zumindest ein Familienmitglied, das versehrt ist". Es ist nach Ansicht des Ständigen Ausschusses des NVK deshalb unerlässlich, "ein spezielles Gesetz zum Schutze dieser Menschen, die einem schwierigen Leben ausgesetzt sind, zu formulieren". Das Gesetz sieht insgesamt 8 Absätze mit 50 Artikeln vor, die "die Verantwortlichkeit der Regierung und der Gesellschaft für die Rehabilitation, Erziehung, Beschäfti-

gung, Wohlfahrt und Umwelt der Versehrten festlegen". Neben dem Versehrtengesetz wurden zwei weitere Gesetze gegen "Drogenmißbrauch" und zur "Bestrafung von Kriminellen, die sich dem Schmuggel, der Produktion, dem Verkauf und der Verbreitung pornographischer Materialien hingeben", diskutiert. (XNA, 26.10.90) -ma-

* (10)

Plenartagung des Zentralkomitees verschoben?

Beobachter der chinesischen Führungspolitik sind bis vor kurzem zu meist davon ausgegangen, daß die seit langem erwartete 7. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, von der man sich Richtungsentscheidungen für die nächsten Jahre erwartet, im Herbst d. J. stattfinden sollte. Seit Oktober haben sich jedoch in China selbst "Gerüchte über die Verlegung ausgebreitet". Zuerst wurde der November als möglicher neuer Termin genannt, dann das Jahresende und schließlich das nächste Jahr. Hintergrund für die Verschiebung der Konferenz sollen tiefe Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen Führer innerhalb der offiziellen Spitzengremien der Partei und der Führer "hinter der Bühne" sein. Zum einen ist man offensichtlich zu keiner endgültigen Bewertung des "Falles Zhao Ziyang" gekommen. Zum anderen gibt es augenscheinlich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten, "wie die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden" seien. Drittens herrscht keine Einigkeit darüber, "wie die wichtigen Führungspositionen zu besetzen" seien. Inhalt der Gerüchte war u. a., daß es zu einer Umbesetzung verschiedener Positionen im Ständigen Ausschuss des Politbüros kommen solle. Vor allem wurden die Namen Zou Jiahua, Zhu Rongji, Deng Liqun und Li Ximing genannt. Gleichzeitig wurde davon gesprochen, daß Li Ruihuan durch Deng Liqun ersetzt werden solle. Deng habe bereits "die ideologische Arbeit, die Li Ruihuan unterstanden hat, übernommen". Dies gehe vor allem aus der "merkwürdigen Tatsache" hervor, daß eine Nationale Konferenz zur Arbeit der Jungen Pioniere in Beijing stattfand, "während Li Ruihuan in Shaanxi unterwegs war im Kampf gegen die Pornographie". Im Gegensatz zu Li gilt Deng Liqun als wesentlich härterer

Medaillenspiegel

Länder und Regionen	Gold	Silber	Bronze	Gesamtzahl
China	183	107	51	341
Südkorea	54	54	73	181
Japan	38	60	76	174
Korea	12	31	39	82
Iran	4	6	8	18
Pakistan	4	1	7	12
Indonesien	3	6	21	30
Katar	3	2	1	6
Thailand	2	7	8	17
Malaysia	2	2	4	8
Indien	1	8	14	23
Mongolei	1	7	9	17
Philippinen	1	2	7	10
Syrien	1	0	2	3
Oman	1	0	0	1
China-Taibei	0	10	21	31
Hong Kong	0	2	5	7
Sri Lanka	0	2	1	3
Singapur	0	1	4	5
Bangladesh	0	1	0	1
Myanmar(Burma)	0	0	2	2
Laos	0	0	1	1
Macao	0	0	1	1
Nepal	0	0	1	1
Saudi-Arabien	0	0	1	1
Gesamtzahl	310	309	357	976